

# Mehrausgaben und Kürzungen

## Der Haushaltsentwurf 2010 im Kreuzfeuer – Sparen ab 2011?

**29. Oktober 2009 – Etwa 53 Milliarden Euro will das Land im nächsten Jahr ausgeben, rund 2 Milliarden Euro weniger als 2009. In einer Öffentlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) erörterten Sachverständige aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Verbänden sowie Gewerkschaften den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Hauptforderungen: mehr Geld für die Kinderbetreuung sowie die Schulen.**

Die Kürzungen vergangener Haushaltsperioden sowie das gewachsene Aufgabenspektrum würden durch die geplanten Mehrausgaben im Bereich Kinderbetreuung nicht aufgewogen, kritisierte Gerhard Stranz, Geschäftsführer der Vereinigung der Waldorfkinderergärten. Grundsätzlich basiere das Kinderbildungsgesetz auf veralteten Planungsdaten und sei deshalb unterfinanziert. Bei der Betreuung der unter Dreijährigen sehe der Haushaltsentwurf eine Kürzung der Mittel im Investitionsbereich vor. Um bis 2013 die ausstehenden 80.885 Plätze zu schaffen, seien aber Neubauten notwendig. Es reiche nicht aus, lediglich einen Schlafraum einzurichten, betonte auch Marita Haude von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Horst-Heinrich Gerbrand von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW forderte das Land auf, die vom Bund seit 2009 zur Verfügung gestellten Betriebskostenmittel vollständig an die Städte weiterzuleiten.

Für eine weitere Landesinitiative zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation sprach sich Guntram Schneider, Landeschef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus. Als Größenordnung nannte er 50 Millionen Euro. Das Land könne nur dann gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen, wenn es in Ausbildung investiere.

Auch für den Bildungsbereich forderten die Sachverständigen höhere Ausgaben. So sei das Angebot an ausgebildeten Lehrkräften weit über die klassischen Mangelfächer hinaus nicht mehr ausreichend, berichtete Werner Kerski, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen. Zudem sei der Zeitaufwand für die Schulleitung bisher zu niedrig angesetzt. Allein daraus ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 1.000 Lehrerstellen. Hinzu komme, dass seit dem Jahr 2005 zwar rund 8.000 neue Stellen entstanden, diese jedoch meist in zusätzlichen Angeboten aufgegangen seien. „Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich in vielen Fällen

überhaupt nicht verbessert“, betonte Kerski ähnlich wie Bruno Quernheim vom Verband Bildung und Erziehung NRW. Die gestiegenen Ausgaben für den Bereich Ganztage und die Einrichtung neuer Lehrstellen seien jedoch positive Signale. Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologen-Verbandes NRW, begrüßte den hohen Stellenwert, den der Etat für Schule und Weiterbildung mit einem Anteil von 26,2 Prozent im Haushaltsentwurf einnehme. Gleichzeitig warnte er allerdings vor einer „Entprofessionalisierung“ des Lehrerberufs, die mit den derzeitigen Quereinsteiger-Maßnahmen einhergehe.

### VERLÄSSLICHE BASIS SCHAFFEN

Seine Organistaion müsse nun ihr Angebot verringern, kommentierte Stefan Klett vom Landessportbund vorgesehene Kürzungen von 1,6 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund schwankender Lottereeinnahmen forderte

Klett eine „verlässliche Basis“ ab 2011. Wie der Sportbund hätten auch viele Städte in den vergangenen Jahren Personal einsparen müssen, ergänzte Matthias Menzel von den kommunalen Spitzenverbänden.

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes NRW, forderte eine Nachbesserung des Haushaltsentwurfs hinsichtlich der Personalausstattung im öffentlichen Dienst, insbesondere mit Blick auf den Bedarf an Nachwuchskräften.

Thematisiert wurden auch mögliche Steuersenkungen durch die neue Bundesregierung. Guntram Schneider vom DGB rechnete bei einer Umsetzung der Pläne mit Mindereinnahmen für das Land von rund 850 Millionen Euro. Verlierer wären vor allem die Städte. Michael Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler plädierte hingegen für mehr Gelassenheit. „Abzuwarten ist, was im November bei der Steuerschätzung herauskommt.“ Aufgrund der Krise sei aber sicher mit Steuermindereinnahmen zu rechnen. Die angesetzte Nettoneuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro im Jahr 2010 sei demnach angemessen und ökonomisch richtig (2009: 5,9 Milliarden Euro). Sobald die Krise überwunden sei, müsse das oberste Ziel dann aber wieder heißen: Haushaltskonsolidierung.

*Daniela Braun*

Die 2. Lesung im Landtag ist für die Plenarsitzungen am 2./3. Dezember, die 3. Lesung für den 16./17. Dezember 2009 vorgesehen. Weitere Informationen auf [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

Foto: Schätte

